

marburger echo



Zeitung der DKP Marburg

Juni/Juli 2006

DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI

#06

Auswirkungen auf uns und die Region: mehr als nur ein Bier weniger Grüne Studiengebühren

Im Mai machte das „Marburger Magazin Express“ mit folgender Titelseite auf: „Studierende! Trink kein Bier mehr in Marburgs Kneipen!“

Das klingt nach Boykott, ist aber wohl eher eine Prognose, die sich an eine Überlegung des hessischen Wissenschaftsministers anschließt. Der meint offenbar, Studiengebühren seien erschwinglich, wenn die Studierenden täglich ein Bier weniger trinken.

Die Marburger Gastwirte werden das nicht gerne hören. Denn wenn die Studierenden weniger Bier trinken, wird es den Kneipen schlechter gehen – übrigens nicht nur ihren Besitzern, sondern auch den studentischen Bedienungskräften: weniger Einnahmen im Allgemeinen und Trinkgeld im Besonderen.

Damit sind wir nun schon bei der kommunalen Bedeutung der Studiengebühren, die der Hessische Landtag beschlossen hat. Sie schwächen die Kaufkraft der Studierenden, damit fließt weniger Geld in die hiesige Region, und Arbeitsplätze kostet das auch.

Manche entgegneten: Halb so schlimm! Die Gebühren könnten ja mit Krediten bezahlt werden. Diese werde von der Hessischen

Landesbank direkt an die Uni überwiesen, sodaß die aktuellen Budgets der Studierenden nicht geschmälert werden. Erst wenn diese einst im Beruf sind und genügend verdienen, müssten sie zurückzahlen.

Bis dahin allerdings haben sich

sollte nicht darüber hinwegtäuschen. Sie ist das Dachinstitut der öffentlich-rechtlichen Sparkassen, ist seit einiger Zeit nicht mehr durch die Gewährträgerschaft des Landes abgesichert und muß sich deshalb verhalten wie jede Privatbank auch: Ge-

sich künftig mit ihren Ausgaben stärker zurückhalten. Da sie wissen, daß sie über die Studiengebühren von Semester zu Semester mehr in die Kreide kommen, werden sie im Übrigen immer sparsamer werden. Schlecht für den Marburger Einzelhandel.

Auch werden die jungen Menschen versuchen, möglichst kurz zu studieren. Viele – insbesondere aus ärmeren Familien – werden wohl nach dem Abitur gar nicht mehr zur Uni wollen. So wird in absehbarer Zeit die Studierendenzahl sinken – wieder schlecht für die Region.

Weil das so ist, hat die Marburger Stadtverordnetenversammlung sich mit den Stimmen der Linkspartei, der SPD und der Grünen sich gegen Studiengebühren ausgesprochen. Im Kreistag lief das anders. SPD und Linkspartei stellten Entschließungsanträge gegen Studiengebühren. Die Koalition aus Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Freien Bürgern schmetterte sie ab. Den Grünen gaben zu Protokoll: sie seien grundsätzlich gegen Studiengebühren. Aber die Koalition mit der CDU ist ihnen wichtiger.

Wir bedanken uns für dieses Lehrstück.

Georg Fülberth



Schulden angehäuft. Hinzu kommen Zinsen. Damit haben wir auch schon die Nutznießer der Studiengebühren ausgemacht: die Banken und Sparkassen. Sie verdienen daran. Daß auch die Hessische Landesbank dabei ist,

winne machen. Die Landesbank hat aber kein Monopol auf das Angebot mit Studienkrediten. Die Privatbanken steigen ebenfalls ein.

Auch wenn die Studierenden Kredite aufnehmen, werden sie

Streik kaum bemerkt

Zu den Tarifeinsetzungen im öffentlichen Dienst

Es war der längste Streik in der Geschichte des öffentlichen Dienstes. Vierzehn (14) Wochen lang hatten Bedienstete in Unikliniken, psychiatrischen Einrichtungen, Straßenmeistereien und Landesverwaltungen mit phantasievollen Aktionen für ihre Interessen gestreikt. Zu Anfang unter Beachtung der öffentlichen Medien, als bei Eis und Schnee Straßenmeistereien ihren Räumdienst verweigerten und in Kliniken Operationen verschoben werden mussten, weil das OP-Personal seinen Dienst verweigerte. Die weitestgehend private Medienlandschaft unterstützte die Ziele der Streikenden nicht, sondern bezeichnete die Gewerkschaften als Erpresser,

die auf dem Rücken der Bevölkerung ihre Ziele durchzusetzen versuche. Ganz Sensationsgierige scheuten sogar nicht davor zurück, kranke Menschen und Autofahrer als Geiseln eines unverschämten öffentlichen Dienstes zu bezeichnen.

Nachdem diese Diffamierungskampagne nicht wirkte, wurde der Streik öffentlich einfach totgeschwiegen. Wer wissen wollte ob es den Streik bei den Ländern noch gibt, fand hierüber kaum noch Informationen, worum es dabei überhaupt ging, war nur noch über gewerkschaftliche Medien zu erfahren.

Worum ging es bei diesem Streik eigentlich?

Zum 30. Juni 2003 kündigten

die Arbeitgeber die Tarifverträge über Urlaubs- und Weihnachtsgeld um dieses künftig nicht mehr bezahlen zu müssen. Im März 2004 kündigten sie die Regelungen zur Arbeitszeit in den Tarifverträgen für die Landesbeschäftigten in Westdeutschland, um deren Arbeitszeit wie bei den Beamtinnen und Beamten auf 42 Stunden zu verlängern. Bei der Umsetzung all dieser Maßnahmen handelt es sich um einen Wertmäßig umgerechneten Einkommensverlust für die Beschäftigten von ca. 17 %. Die fatalen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt durch die Arbeitszeiterhöhung noch nicht einmal bewertet. Widerstand ist hier mehr als berechtigt wenn nicht sogar

selbstverständlich.

Der Streik ist vorbei. In den Bereichen in denen es einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad gibt, konnten die Angriffe der Arbeitgeber weitestgehend abgewehrt werden. In anderen Bereichen, wie z.B. den Landesverwaltungen mussten vor allem im Bereich Arbeitszeit (Bayern bis zu 39, 73 Stunden) Niederlagen hingenommen werden. Insgesamt bleibt allerdings das Fazit: Die Erpressungsstrategien der neoliberalen Kräfte können auch bei einer feindlichen Presse abgewehrt werden, wenn sich die Betroffenen einig sind und bereit sind für ihre Interessen zu streiten.

Jürgen Süß (WASG)

AUSGEFRAGT

Das Bundeskabinett hat am 3. Mai den Gesetzentwurf für weitere Kürzungen beim Arbeitslosengeld II (ALG II) beschlossen. Ein Gespräch mit Bernd Hannemann

SEITE 2

HOCH DIE... NIEDER MIT...

Cuba, Bolivien und Venezuela bauen ihre wirtschaftlichen Beziehungen aus und treiben die bolivariante Integration voran

SEITE 3

IM ELFENBEINTURM

Beim Thema China ist die Linke oft orientierungslos. Mit einem unkonventionellen Beitrag eröffnen wir die Debatte im Marburger Echo

SEITE 4

Im Übrigen...*

von der SDAJ Marburg

... macht Deutschland doof. Dass der Erfolg im Schulsystem hierzulande vom Geldbeutel der Eltern abhängt, haben schon die letzten Auswertungen der Pisa-Studie gezeigt. Nun legt das aktuelle „Migranten-Pisa“ noch einmal einen drauf: In keinem anderen Industriestaat der Welt haben Migrantenkinder miesere Zukunftschancen als in Deutschland. Und das, obwohl die Kinder – anders als bei der Berichterstattung über die Vorkommnisse in der Rütli-Schule immer behauptet wurde – hochmotiviert sind. Noch schlimmer: Je länger die Kids in Deutschland leben, desto dümmer werden sie! Grund dafür ist u.a. das dreigliedrige Schulsystem, dass MigrantInnen und Kinder aus sozial schwächeren Haushalten in Hauptschulen konzentriert. Der Klassencharakter des Bildungssystems wird vor allem auch bei der aktuell forcierten Einführung von Studiengebühren deutlich. Wer keine Kohle hat, soll auch nicht studieren. Hierbei bemüht sich ja vor allem die Hessische Landesregierung um eine zusätzliche rassistische Diskriminierung: MigrantInnen (aus Nicht-EU-Ländern) sollen dreimal soviel zahlen, wie ihre deutschen Mitstudierenden. Die Elite, die sich schon immer im Wesentlichen aus sich selbst rekrutiert hat, will halt auch weiterhin unter sich bleiben. Schon jetzt kommen 80 % der Manager aus „Elite-Familien“, die gerade mal 3 % der gesamten Gesellschaft ausmachen. – Über eine „Chancengleichheit“ im kapitalistischen Bildungssystem sollte man sich also auch in Zukunft keine Illusionen machen.



DKP

ECHO VON LINKS



Eine Lüge über Wolfgang Abendroth

Keine Verbindungen zur Stasi

Große Sch...

Es gibt Leute, die sind für Studiengebühren. Ein Großteil davon ist in der CDU-Hessen organisiert und hat einen Standpunkt. Der Kreisverband von Bündnis 90 / Die Grünen hat auch einen, einen total differenzierten. "Gegen Studiengebühren", aber auch gegen "Gegen CDU". Wer mit der CDU im Kreistag eine Koalition bildet, hat es nicht leicht. Aber was war passiert, dass Reiner Nau, Mitglied der grünen Kreistagsfraktion auf die Abstimmung zu Studiengebühren angesprochen die selbstreflexiven Gedanken aussprach: "Bei dieser Abstimmung waren wir in einer scheiß Situation"? Vielleicht ist es nur die Erfahrung absoluter inhaltlicher Leere, die einem notgedrungen kommen muss und die es zu verarbeiten gilt, wenn die Worte lauten: "Unbeschadet unterschiedlicher Auffassungen zu der Frage, ob die Erhebung von Studiengebühren ein geeignetes Instrument zur Mitfinanzierung darstellt, ist der Kreistag der Ansicht, dass der Hochschulstandort Marburg weiter gestärkt und ausgebaut werden muss."

Übrigens: Bei der Abstimmung zum geplanten Stellenabbau im Klinikum Gießen / Marburg, waren Bündnis 90 / Die Grünen schon wieder in einer "scheiß Situation". Aber die moderne Welt der Textbausteine erleichtert vieles. Tausche "Studiengebühren" gegen "Stellenabbau" und "Hochschulstandort" gegen "Klinikum", überarbeite es redaktionell und schon hast du eine Beschluss-Vorlage.

Diese zur Schau gestellte Professionalität im respektvollen Umgang miteinander legt die Vermutung nahe, dass die naheliegendste Logik, weswegen die Inhaltslosigkeit zum Prinzip erhoben wird keiner der verantwortlichen Kreispolitiker erahnt - dass vielleicht die Koalition selbst eine einzig große Sch.... ist.

DKP gewinnt

Zur Kommunalwahl wurden die unterschiedlichsten Kandidaturformen praktiziert: DKP bzw. offene Listen der DKP einerseits wie die Unterstützung von linken Listen und die Kandidatur von Mitgliedern der DKP auf Offenen Listen anderer linken Parteien. Kommunistische Mandatsträger, die auf linken Listen kandidiert haben, gibt es unter anderem im Kreis Marburg-Biedenkopf, in Gießen, im Kreis Gießen und in Mörfelden-Walldorf. Die DKP-GenossInnen freuen sich natürlich besonders darüber, dass ihre Partei in Reinheim mit 14,7 % um über 5 % zulegen konnte und dass es doch noch einen Ort zu geben scheint, der die Zeichen der Zeit jetzt schon weitestgehend erkannt hat und die Zahlen für sich sprechen lässt: Überau, Stadtteil von Reinheim, 39,1 %, DKP stärkste Partei. Wahnsinn!

Die Privatdozentin Dr. Anne Chr. Nagel wohnt in Marburg und lehrt an der Universität Gießen. In Ihrem Buch „Im Schatten des Dritten Reiches“, Göttingen 2005, schreibt sie auf Seite 290, Fußnote 169:

„Gleichzeitig spielte Marburg, genauer das politikwissenschaftliche Seminar um Wolfgang Abendroth, eine wichtige Rolle in SDS und APO. Was von seinen politischen Gegnern immer wieder vermutet wurde, zeitgenössisch aber nicht bewiesen werden konnte, daß der Politikprofessor und seine Mitarbeiter in enger Verbindung zum Staatssicherheitsdienst der DDR standen, läßt sich neuerdings anhand der Unterlagen der Gauck-Behörde detailliert nachweisen, wie Kraushaar, Mythos, S. 149 f., aufzeigt.“

Dieser Absatz bezieht sich auf das Buch von Wolfgang Kraushaar, "1968 als Mythos, Chiffre

und Zäsur", Hamburg 2000. Auf den Seiten 149 und 150 gibt Kraushaar den Inhalt eines Dokuments wieder, das sich nicht in der Gauck-Behörde, sondern im Bundesarchiv in Berlin, befindet. Dort kann man es einsehen. Seine Signatur ist: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/95.

Wer sich die kleine Mühe macht, dieses Dokument zu lesen (sei es in Berlin selbst, sei es in den Auszügen bei Kraushaar), stellt fest:

Wolfgang Abendroth plante nach der Bildung der Großen Koalition 1966 die Gründung einer neuen sozialistischen Partei. Das Protokoll seines Gesprächs mit einem Gast aus Greifswald gibt Positionen wieder, die er damals ständig öffentlich geäußert hat. In jeder Marburger Kneipe konnte man damals von diesen Parteigründungsplänen hören. Abendroth wollte gern die Mitglieder der 1956 verbotenen

KPD einbeziehen, fürchtete aber, daß deren Führung, die damals im Exil in der DDR lebte, sich querlegen werde. Deshalb sagte er seinem Besucher, er würde gern im Herbst 1967 nach Ost-Berlin reisen, um in direkten Gesprächen darum zu werben, daß seiner geplanten neuen Partei nicht von dort Knüppel zwischen die Beine geworfen werden. Aus dieser Reise ist dann aber nichts geworden.

Aus dem Dokument ergibt sich nicht,

1. „daß Wolfgang Abendroth und seine Mitarbeiter in enger Verbindung zum Staatssicherheitsdienst der DDR standen“ und
2. daß sich dies „neuerdings anhand der Unterlagen der Gauck-Behörde detailliert nachweisen“ lasse.

Mit Einschreiben vom 25. April 2006 habe ich Frau Dr. Nagel auf, mir Belege für ihre Behauptungen zu nennen.

In ihrer Antwort vom 16. Mai 2006 räumte sie ein, daß das von ihr erwähnte Dokument sich nicht bei der Gauck-Behörde, sondern, wie von mir festgestellt, im Bundesarchiv befindet. Sie zitierte noch einmal Kraushaars Wiedergabe von Passagen aus diesem Bericht, ohne ihre Aussage über eine Zusammenarbeit Abendroths mit dem Staatssicherheitsdienst erhärten zu können.

Anne Chr. Nagels Behauptung darf, da das von ihr hierfür benutzte Dokument dies nicht stützt, sie aber auch dann, als sie darauf hingewiesen wurde, dabei blieb, als haltlose Lüge bezeichnet werden. Daß derlei in einer Habilitationsschrift steht, mag Auskunft über die Qualität der Begutachtung dieser Arbeit durch die zuständige Universität (Gießen) geben. Doch das ist deren innere Angelegenheit und gehört insofern nicht hierher.

Georg Fülberth

AUSGEFRAGT



Im Gespräch mit Bernd Hannemann*

Das Bundeskabinett hat am 3. Mai den Gesetzentwurf für weitere Kürzungen beim Arbeitslosengeld II (ALG II) beschlossen. Anfang Juli soll das SGB II-„Optimierungsgesetz“ durch den Bundesrat und bereits ab 1. August in Kraft treten. Mit den Kürzungen sollen im Jahr 2006 rund 500 Millionen Euro und in den Folgejahren jeweils rund 1,5 Milliarden Euro eingespart werden.

Was verbirgt sich hinter dem wohlklingenden Begriff "Optimierungsgesetz"?

War Hartz-IV Armut per Gesetz, so ist seine optimierte Version der Entzug der Menschenwürde und der Existenzgrundlage per Gesetz. Das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes wird durch das sogenannte Hartz-IV-Optimierungsgesetz ausgehebelt. Dies läuft faktisch auf einen Verfassungsbruch hinaus. CDU/CSU- und SPD-Fraktion haben ihre Scheingefechte beendet und treiben die Arbeitslosen mit vereinter Kraft ins soziale Elend. Nach dem Motto, wer nicht arbei-

Die Welt „zu Gast bei Erwerbslosen“

*** Bernd Hannemann: geb. 1950, ledig, ein Kind, Starkstromelektriker und Diplom-Sozialarbeiter. Parteilos. Für Die Linke. Ortsbeirat am Richtsberg.**

tet, soll weder essen noch wohnen, entzieht die Koalition dem Bürger die verfassungsgemäße Garantie einer menschenwürdigen Grundsicherung, anstatt sie ihm zu gewähren. Das ist in einer Situation, da sieben Millionen Arbeitsplätze fehlen eine Kriegserklärung gegen den sozialen Frieden im Land.

Die SPD setzt in der Großen Koalition ihren sozialreaktionären Kurs damit unverhohlen fort...

Die Sozialdemokraten sind – entgegen ihren vollmundigen Ankündigungen, keine weiteren Kürzungen an Hartz-IV zuzulassen – vor der CDU/CSU eingeknickt und halten nun das Hungertuch im Obdachlosenasyl für diejenigen bereit, die sich ohne Erlaubnis von ihrem Wohnort entfernen. Fehlt nur noch die elektronische Fußfessel...

Der Druck auf Erwerbslose wird weiter erhöht. Woran macht sich dies vor allem fest?

Allen Menschen, die erstmalig Leistungen beantragen, soll sofort ein Eingliederungsangebot gemacht werden, um die Arbeitsbereitschaft zu überprüfen. Damit werden Erwerbslose unter den Generalverdacht gestellt, arbeitsunwillig zu sein. Das Problem ist aber nicht die angeblich fehlende Arbeitsbereitschaft der Erwerbslosen, sondern die min-

destens sieben Millionen fehlenden Arbeitsplätze.

Künftig sollen Menschen, die beispielsweise länger als ein Jahr zusammenleben oder ein gemeinsames Kind haben, nachweisen, dass sie nicht in einer eheähnlichen Gemeinschaft leben. Die Sippenhaftung der Bedarfsgemeinschaften wird auf alle möglichen Formen des Zusammenlebens ausgeweitet. In diesem Sinne wird eigentlich jede Wohngemeinschaft verunmöglicht. Völlig unklar bleibt, wie der Gegenbeweis erbracht werden soll.

Um den angeblichen massenhaften Leistungsmissbrauch aufzudecken, sollen die Träger der Grundsicherung einen Außendienst aufbauen, der die Wohn- und Lebensverhältnisse der Hilfebeziehenden überprüft. Die große Koalition setzt auf Sozialspitzel und Schnüffelei und greift damit erheblich in die Privatsphäre der Erwerbslosen ein.

Die Große Koalition setzt aber auch weiter auf Verschärfung von Sanktionen und Aushöhlung des Datenschutzes.

Ja, das ist so. Bisher droht bei Ablehnung eines Arbeitsangebotes eine dreimonatige Kürzung des Arbeitslosengeldes II um 30 Prozent, bei einer weiteren Ablehnung in diesem Zeitraum eine weitere Kürzung um erneut 30 Prozent. Dieser Zeitraum soll jetzt auf 12 Monate ausgeweitet werden. In Zukunft können die Leistungen um 60 Prozent gekürzt werden, wenn innerhalb von einem Jahr zwei Arbeitsangebote abgelehnt werden. Dabei kann bereits von Anfang an auch

bei der Erstattung von Unterkunftskosten gekürzt werden.

Zur Missbrauchbekämpfung können automatische Datenabgleiche mit dem Fahrzeugregister, dem Melderegister, dem Ausländerzentralregister und den Wohngeldbehörden vorgenommen werden. Außerdem wird die rechtliche Grundlage für Telefonabfragen geschaffen. Mit Hartz-IV und dem „Fortentwicklungsgesetz“ werden die Erwerbslosen bekämpft und nicht die Arbeitslosigkeit.

Wie fällt dein Fazit aus?

Zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit kann die Bundesregierung keine überzeugenden Konzepte vorlegen. Deswegen deutet sie die Opfer ihrer verfehlten Beschäftigungspolitik zu Tätern um und bestraft sie mit verschärften Sanktionen und Unterstellungen.

Welche Forderungen sind deines Erachtens an die Bundesregierung zu stellen?

Statt auf den Ausbau des Niedriglohnssektors zu setzen, sollte sie endlich überzeugende Konzepte vorlegen, um die Binnenfrage anerkennen. Sie sollte die gesetzliche Höchstarbeitszeit deutlich verkürzen, einen gesetzlichen Mindestlohn und eine armutsfeste Grundsicherung einführen. Außerdem müssten die Beratung von Erwerbslosen verbessert und sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu Existenz sichernden Löhnen statt Ein-Euro-Jobs geschaffen werden.

Die Fragen stellte Herwig Selzer.

Achse des Guten

In Havanna trafen sich am 29. April die Präsidenten Cubas, Boliviens und Venezuelas – Fidel Castro, Evo Morales und Hugo Chávez zu einem historischen Gipfeltreffen.

Auf der Tagesordnung des Treffens stand die Unterzeichnung zahlreicher Abkommen zwischen den drei Ländern, durch die Bolivien der vor einem Jahr von Cuba und Venezuela begründeten „Bolivarianischen Alternative für Amerika“ (ALBA) beitrifft. Evo Morales, der auf dem Flughafen von Havanna durch Fidel und zahlreiche kubanische Minister empfangen wurde, äußerte

führt. Darüber hinaus vergibt Kuba 5000 Medizinstudienplätze, während Venezuela ebenso viele in anderen Fakultäten anbietet. Des Weiteren soll Bolivien bei der Einrichtung einer nationalen Fluggesellschaft geholfen, das Alphabetisierungsprogramm und die Verbesserung des Gesundheitswesens gestützt sowie verstärkt bolivianische Exportprodukte wie Sojabohnen gekauft



seine tiefe Freude über das Treffen „dreier Generationen, dreier Präsidenten und dreier Revolutionen“. ALBA diene dazu, dass die drei Völker den Prozess der Veränderung des Wirtschaftsmodells weiter verstärken können. Insbesondere für Bolivien sei der gegenwärtige Prozess der Entkolonialisierung wichtig. Hugo Chávez hob hervor, dass sich durch das seit einem Jahr entstehende und wachsende ALBA nicht nur Regierungen, sondern auch die Völker vereinigen.

Venezuelas Vizeaußenminister Pável Rondón hob die Bedeutung der 12 von den drei Staatshäuptern unterzeichneten Abkommen hervor. Durch das Entstehen von ALBA, das jetzt nicht mehr nur von zwei, sondern von drei Ländern gebildet wird, sei die Hegemonie der USA über Handel und Politik auf dem Kontinent stark ins Schwanken geraten.

Die Verträge sehen u.a. vor: Rationalisierung von Ressourcen aller Art durch Nutzung schon in den Partnerländern vorhandener Produktion und Technik, Investitionen gegenseitigen Interesses, Aufbau bi- oder trinationaler Joint-Ventures, gegenseitige Kredithilfe, Warenaustausch, Kulturaustausch, Medienkooperation. Kuba wird Bolivien bei Augenheilkunde und medizinischem Gerät für sechs Kliniken unterstützen, die Bolivien aufbaut und in denen 100.000 Menschen pro Jahr versorgt werden. Außerdem bleiben die sechshundert kubanischen Ärztinnen und Ärzte länger als vorgesehen im Land. Das kubanische Alphabetisierungsprogramm wird in den Sprachen Spanisch, Quechua, Guaraní und Aymara weiterge-

werden. Dadurch sollen insbesondere die negativen Folgen abgefedert werden, die durch den Abschluss von Freihandelsabkommen der Nachbarländer Boliviens mit den USA zustande gekommen sind.

Evo Morales hatte in Havanna schon den Blick auf eine Erweiterung des Projekts gerichtet: „Die Völker sind ALBA schon beigetreten, es fehlen nur noch die Präsidenten.“ Zwei Tage später unterzeichnete er das Dekret 28701, was die Verstaatlichung der Öl- und Gasreserven Boliviens vorsah.

Der montenegrinische Separatismus

Die Parodie auf den Balkankrieg

Nun also der glorreiche Befreiungskampf Montenegros. Am 21. Mai fand ein Referendum über die staatliche Unabhängigkeit von Serbien-Montenegro statt, einer Konföderation, die 2002 an die Stelle der Bundesrepublik Jugoslawien getreten war; 55,4 % der Wähler stimmten mit „Ja“ – 55% hatte die EU als Hürde für die Anerkennung der Unabhängigkeit festgesetzt.

Nun haben wir in den letzten 15 Jahren diverse Unabhängigkeitsreferenden mit anschließenden blutigen Gemetzeln auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien erlebt. Bei diesen Gemetzeln nahmen sich die Akteure gegenseitig als „feindliche Ethnien“ war. In Montenegro ist es schier unmöglich, einen solchen ethnischen Konflikt zu konstruieren: Serben und Montenegriner sind ethnisch eins, es ist eine Frage des Geschmacks, ob man sich nach der territorialen Zugehörigkeit als „Montenegriner“ oder nach der Ethnie als „Serbe“ bezeichnet. Nach dem Referendum wurden Forderungen der in Montenegro lebenden Serben nach „kultureller Autonomie“ laut. Man könnte diesen „ethnischen Konflikt“ als Parodie auf die Balkankriege bezeichnen.

Ministerpräsident Milo Djukanovic gilt als Mafiapate, der in Deutschland und Italien wegen Zigarettenschmuggels angeklagt ist und als Präsident eines souveränen Staates vor Strafverfolgung geschützt wäre – sicher ein wichtiges Motiv für die Durchführung des Referendums. Bei einem Teil der Wähler mag die Hoffnung eine Rolle gespielt haben, ohne das politisch instabile Serbien, wo die ultranationalistische, EU-feindliche Radikale Partei zwar in der Opposition sitzt, aber von der Zahl der Wählerstimmen her die stärkste Partei ist, schneller in die EU zu kommen. Ausschlaggebend waren jedoch die Stimmen der

slawischen Muslime im Norden und der Albaner im Süden. Südmontenegro ist eine von der kosovoalbanischen UCK als Teil von „Großalbanien“ beanspruchte Region. Eine reichlich brisante Lage: gleichzeitig bahnt sich eine Unabhängigkeit des Kosovo an, und Albanien ist derjenige Balkanstaat mit der geringsten EUPerspektive. Alles zusammen könnte den großalbanischen Bestrebungen in der Region neuen Auftrieb geben und den Balkan erneut destabilisieren. Wahrscheinlich hat sich die EU deswegen gegenüber dem Referendum zwiespältig verhalten. Die USA signalisierten schon im November 2005 ihr Einverständnis, die Venedig-Kommission der EU erst im Dezember – gegen den Widerstand mehrerer Mitgliedsländer, wie US-Balkanbeauftragter Nicholas Burns bekanntgab. Den USA scheint eine Destabilisierung des Balkans recht zu sein, damit sie die Wichtigkeit ihrer Präsenz in Europa bekräftigen können. Die EU schwankt zwischen der Angst vor einer solchen Destabilisierung und dem Wunsch, nicht mehr mit dem in sich gespaltenen Gebilde Serbien-Montenegro verhandeln zu müssen, das keine gemeinsame Wirtschaft mehr hatte, und findet zu keiner klaren, gemeinsamen Linie. Als Linke mag uns freuen, dass sich der EU-Imperialismus hier als konzeptloser Papiertiger präsentiert – den Menschen in der Region wird dies wenig nützen.

Heiko Bolldorf

VON DER HEIMATFRONT

Achtung vor dem Rausch!

„Wir brauchen eine Stimmung wie einen Rausch, am besten auch einen Kaufrusch“, sagt Peter Danckert (SPD), Vorsitzender des Sportausschusses im Deutschen Bundestag. Er meint die von den Herrschenden gewünschte Stimmung während der Fußballweltmeisterschaft. Im Stillen wird er hinzufügen, einen Rausch, in dem die Menschen im Lande die soziale Wirklichkeit und die asoziale Politik der Bundesregierung vergessen.

Mit rauschhaften Sportereignissen haben die Deutschen so ihre Erfahrung. Olympia 1936 war eine solche. Die Faschisten nutzten den Sport nach innen und außen, um ihre Terrorherrschaft zu verschleiern und zu festigen. Leni Riefenstahl drehte darüber zwei Filme, die rauschhafte Züge trugen.

Bei den beiden nächsten Sport-Großereignissen auf deutschem Boden schien man aus der Geschichte gelernt zu haben. Fröhlich sollten die Olympischen Spiele 1972 in München sein, was bis zum Überfall auf die israelische Olympia-Mannschaft gelang. Der unpräzise Bundespräsident Gustav Heinemann stand in Freude und Trauer wie vorher und nachher kein zweiter für die Hoffnung auf eine demokratische und friedliebende Bundesrepublik. Auch die Fußballweltmeisterschaft 1974 lief – dem Lebensgefühl jener Jahre entsprechend – ohne allzu nationale deutsche Töne ab. Da war auch der Sieg der DDR-Auswahl gegen das BRD-Team davor.

Seitdem sind über 30 Jahre vergangen. Wie weit die Reaktion schon marschiert ist, lässt sich auch aus der obigen – im besseren Fall geschichts- und gedankenlosen – Bemerkung von Peter Danckert ablesen.

Wir freuen uns auf guten Fußball. Aber wir wissen um die Fallstricke des Profifußballs. Wir wissen um Kommerz und Nationalismus, die hierzulande und weltweit mit dieser Sportart transportiert werden.

Wir wissen auch, dass Kabinett und Kapital hinter dem Schleier der wehenden Fahnen eine verschärfte Sicherheitspolitik und eine verschärfte Sozialpolitik fest einplanen.

Wir werden jeder Art von Rausch und jeder Friede-Freude-Eierkuchen-Mentalität entgegentreten. Gerade dadurch und nur so wollen wir einen wirklichen, unseren Beitrag zum großen Sportfest auf deutschem Boden und zur Völkerverständigung leisten. Als Fußball-Fans sagen wir, lasst endlich den Ball rollen.

Siggi Emmerich

Programm



der
DKP

Jetzt neu!
Lesen auf www.dkp-online.de/programm

INHALT: Imperialismus heute • Der deutsche Imperialismus • Der Sozialismus – die historische Alternative zum Kapitalismus • Unser Weg zum Sozialismus • Die Kräfte des Widerstands und des Fortschritts • DKP – Partei der Arbeiterklasse

unser e zeit



Unser Wertpapier
kommunistisch • informativ • wertvoll

www.unsere-zeit.de

UZ - Zeitung der DKP

Abo & Information
CommPress Verlag,
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
Tel: 0201 24 86 482
E-Mail: UZabo@t-online.de

Name: _____
Vorname: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____



China: Projektionsflasche hiesiger sozialer Kämpfe?

Bürgerliche Publikationsmaschinerie vs. linke Vielfalt

Bei China tut sich die Linke schwer. Der nachfolgende Artikel gibt zwar nicht unsere Meinung wieder, doch betrachten wir ihn als eine geeignete Diskussionsanregung. Wir freuen uns auf eure Zuschriften!

Unzählige Veröffentlichungen sind zu den aktuellen Entwicklungen in der VR China erschienen: „Vorsicht China!“ oder „Herausforderung China“ heißt es da, „Der China Code“ verspricht Enthüllungen über ein Land, dessen wachsende Stärke der Leserin und dem Leser offenbar Angst machen sollte und Fachbücher verraten wie gewieft Mittelständler auf einen Markt ausweichen können, der eine stetig wachsende Nachfrage verspricht. Bereits die Lektüre der Klappentexte offenbart uns den kompletten Inhalt dieser „Bücher“: China ist flexibel, wandlungsfähig, dynamisch, gewaltig; die aufkommende Wirtschafts- und Militärmacht. Also alles das, was Deutschland nach Meinung der Autoren nicht ist, aber auf jeden Fall sein sollte. Es geht in diesen Bestsellern folglich nicht wirklich um China, sondern um Deutschland und darum, wie wir unflexiblen teuren Lohnabhängigen mit unserer Erwartungshal-

tung alle Wachstumschancen für Deutschland verbauen, während andere - in diesem Fall die VR - uns einholen und überholen. Zu diesem Zweck wird ein China-Bild präsentiert, welches eine grobe Karikatur dessen ist, was an widersprüchlichen Entwicklungen im Reich der Mitte stattfindet. Gemeinsame ideologische Grundlage dieser sehr populären und selten wissenschaftlichen Abhandlungen: Standort Deutschland gegen Standort China.

Linke Korrektheit

Die Veröffentlichungslandschaft der politischen Linken in diesem Land sieht da schon etwas bunter aus. Die gängigste Charakterisierung der sozialistischen Marktwirtschaft ist die des „Chinesischen Kapitalismus“ (vgl. PROKLA, H. 119/2000) als einer asiatischen Variante des Manchesterkapitalismus. Für diese Einschätzung lassen sich eine lange Reihe von gegenwärtige Erscheinungen als Beleg anführen, doch „[u]nglücklicherweise haben sich die Linken, die da von der völligen Restaurierung des Kapitalismus in China reden, weder ernsthaft mit den realen Widersprüchen und Schwierigkeiten befasst, denen die kom-

munistische Bewegung im Lauf ihrer Geschichte konfrontiert war, noch mit jenen realen Widersprüchen und Schwierigkeiten, die sich aus der Theorie und Praxis der Entwicklung der Produktivkräfte ergeben. [...] Heute dagegen sind es kleine Parteien und ehrgeizige Minderheitsgruppchen, die den Bannfluch gegen eine kommunistische Partei von zig Millionen aktiven Kämpfern schleudern, gegen die Protagonistin einer großen nationalen und sozialen Revolution und Initiatorin eines Prozesses, der ein Viertel oder Fünftel der Menschheit aus der Unterentwicklung herausführen wird und der deshalb dazu bestimmt ist, die politische Geografie des Planeten und die internationalen Kräfteverhältnisse grundlegend zu verändern. (Losurdo 2000: S. 28f.)“

Einen wichtigen Beitrag zur marxistischen Diskussion um die Bewertung der Klassenkämpfe in der VR China haben Hart-Landsberg und Burkett (2004) geleistet. Sie wenden sich gegen jegliche Heilerwartungen in Bezug auf Chinas Entwicklung, treffen damit jedoch vor allem jene Marxologen, die den Kampf um den Sozialismus schon aufgegeben haben. Ihre Darlegungen

führen uns zu einer eigentlich selbstverständlichen und damit bedeutungsvollen Erkenntnis: China ist nicht das alleinige Zentrum wachsender Klassenauseinandersetzungen und darf nicht missbraucht werden, um von eigenen Versäumnissen in den sozialen Kämpfen abzulenken oder gar eine reine Beobachterposition zu begründen.

Auch wenn es uns (traditionell) schwer fallen mag: In Bezug auf die VR China ist internationale Solidarität genauso wichtig wie in der Auseinandersetzung mit Ländern wie Venezuela oder Bolivien. Direkte Kontakte zu chinesischen Akteuren und regelmäßiger Austausch über gesellschaftliche Fragen ist für die wissenschaftliche Debatte unbedingt notwendig. Die VR China greift nun mit einer gut ausgestatteten neuen „Akademie für Marxismus“ in die weltweite Debatte um die gegenwärtige Ausformulierung des Marxismus ein, der nach Aussage des geschäftsführenden Präsidenten Cheng Enfu weltweit keineswegs ausgedient habe (China aktuell, H. 1/2006, S. 106f). Wer aufgrund des akademisch-deutschen Reinheitsgebotes (hier vor allem Zweckfreiheit) nur pikiert die Nase rümpft und weiter zuschaut, kann sich kaum als Teil einer Bewegung verorten, die nichts zu verlieren hat außer ihren Ketten...

Lars Mörking

Literatur:

- Losurdo: Die Linke, China und der Imperialismus. 2000
- Hart-Landsberg / Burkett: China and Socialism – Market Reforms and Class Struggle. Monthly Review. 2004



»Kostenloses Probeexemplar
»SDAJMarburg@web.de

Treffen der DKP Marburg
jeden ersten Dienstag im
Monat, 20 Uhr, Schwanhof,
Schwanenallee 27-31



Wir schicken Ihnen das *Marburger Echo* gerne regelmäßig und kostenlos zu, per Post oder E-Mail.
Kontakt: siehe Impressum

Spenden für das Echo
E. Beltz, Kto.-Nr.: 193070,
Sparkasse Gießen
(BLZ: 51350025),
bitte Verwendungszweck
angeben: *Marburger Echo*

INTERN

DKP-Parteitag beschließt neues Programm Ein Kommentar

Die Aufgabe, ein neues Parteiprogramm zu verabschieden, hat die Parteiführung mit einer Mehrheit der Delegierten geschafft. Gegen Kritiken kann eingewandt werden: Die Grundsubstanz einer kommunistischen Partei ist vorhanden. Die bei anderen Linken ausgeklammerte Debatte um die Eigentumsfrage ist im Sinne der Überwindung des kapitalistischen Systems beantwortet. Aktuell heißt das, sich von den geplanten und durchgeführten Privatisierungsgeschäften der Herrschenden einschließlich der Linkspartei zu distanzieren und gegen die Enteignung der Bevölkerung anzukämpfen. Klar erkennbar ist die Orientierung auf einen Bruch mit den bestehenden Verhältnissen, auf das Ziel Kommunismus über die Erkämpfung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Umstritten sind Zwischenschritte wie die antimonopolistische Demokratie. Internationale Solidarität, Unterstützung gewerkschaftlicher Kampfbereitschaft und die Ori-

entierung auf außerparlamentarische Opposition als Begleitmusik zu parlamentarischer Arbeit - all dies ist Bestandteil des Programms.

Unbefriedigend war m.E. der unklare Diskussionsprozeß verbunden mit Ausgliederung qualifizierter Arbeitsergebnisse aus Kreisen und Gruppen, erinnere ich mich noch die Verdammung des Verbesserungsvorschlages Holz/Köbele; auch das nicht gerade demokratisch zu nennende Durchziehen durch den Parteivorstand (in den letzten Wochen war kaum Zeit für eine breite Diskussion, manches verschwand, zunehmend weniger Mitglieder unserer Partei haben sich noch eingebracht).

Das unglückliche Prozedere gipfelte darin, die (Partei-) Öffentlichkeit vom Parteitag auszuschließen.

Unsere Aufgabe ist jetzt, das vorliegende Programm an den Realitäten zu überprüfen. Die Haltung der Kommunisten zum Atommülllager in Hanau, die

Teilnahme am Kampf gegen die grundgesetzwidrigen Studiengebühren, die Forderung nach Aufhebung des KPD-Verbotes und in Hessen der Kampf gegen die Aushöhlung der Hessischen Verfassung, das Eintreten gegen Privatisierung, gegen 1-€-Jobs und Hartz IV - all diese Kämpfe erfordern unsere Teilnahme und das Programm der DKP ruft dazu auf. Über unsere Perspektive, über strategische Fragen und die Rolle der Kommunistischen Partei in den derzeitigen und zukünftigen nationalen und internationalen Klassenauseinandersetzungen muss weiterhin gestritten werden.

Mein Verhalten, mich der Stimme zu enthalten, lag neben dem genannten auch darin, daß die Stalin-Zeit zwar weiterhin aufgearbeitet werden soll, über den m.E. danach beginnenden Revisionismus nicht diskutiert werden darf.

Michael Beltz,
Vorsitzender der DKP Hessen

O-TON SCHERNIKAU



Ronald M. Schernikau wird 1960 in Magdeburg, DDR geboren und wächst ab 1966 in der BRD auf. Mit 16 wird er Mitglied der DKP. Im September '89 wird Schernikau DDR-Staatsbürger. Er stirbt 1991 an den Folgen von Aids. Die folgenden Fragmente sind seinem zweiten Werk *Die Tage in L.* (1989) entnommen.

brd sieht brd: das unerfreuliche (III)

parasitismus und fäulnis: was führt lenin als kriterium ein? sein erstes kriterium ist, die monopole behindern den technischen fortschritt. ich fürchte lieber wladimir iljitsch, ich fürchte es stimmt nicht mehr. [...] der imperialismus hat es geschafft, elektronische entwicklungen auch für den idiotenverbaucher immer billiger zu machen. [...] zweites kriterium: die rentiers. [...] ich will hier gar nicht von jan philipp reemtsma erzählen, einem der reichsten männer der brd, der die gute alte tradition des sozial engagierten verursachers des elends in ungeahnte höhen führt. was heute ein kapitalist ist, das hat marx gelesen und weiß, daß der recht hat. weil er aber ein kapitalist ist, hat er seine angestellten, die brav seine geschäfte für ihn weiterführen, während er die welt erkennt. natürlich ist das lächerlich, aber diese erste

äußerliche komik kennen wir nun auch schon. lächerlich wäre wohl eher der, der zynischen verhältnissen immer entgegenriefe: das ist aber zynisch! die verhältnisse würden dann eben mit den schultern zucken. [...] die entlarvung der verhältnisse, deren schönster ausdruck der sogenannte infostand ist, [...] sie ist so naiv wie ein schwimmer, der mitten im wettbewerb um eine weltmeisterschaft seine mitschwimmer davon zu überzeugen sucht, das wasser sei naß. [...] immer verschärfter läuft die verschärfung des klassenkampfes, immer skandalöser skandieren die skandale, immer offenere verbrechen öffnen die herzen der zuschauer. die anlässe für den fälligen umsturz sind so zahlreich, daß es keine mehr gibt.

siehe auch: www.schernikau.net

IMPRESSUM

www.marburger-echo.de
info@dkp-marburg.de

V.i.S.d.P.: Herwig Selzer, Am Kupfergraben 6, 35037 Marburg

Herausgeber:
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Marburg & Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) Marburg

Layout: compay
Auflage: 1000 Ex., Eigendruck
Erscheinen: vierteljährlich
nächste Ausgabe: Oktober 2006
Redaktionsschluss: 15.09.06

DKP

www.dkp-marburg.de • www.dkp-hessen.de